

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. h. c. Adolf Herkenrath, Wolfgang Zeitlmann, Theo Magin, Dietrich Austermann, Dr. Joseph-Theodor Blank, Meinrad Belle, Peter Götz, Dr. Franz Möller, Dr. Hermann Pohler, Erika Reinhardt, Dr. Wolf Bauer, Heinz Schemken, Dr. Peter Paziorek, Heinrich Seesing, Editha Limbach, Erika Steinbach-Hermann, Dr. Walter Franz Altherr, Anneliese Augustin, Heinz-Günter Bargfrede, Hans-Dirk Bierling, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Monika Brudlewsky, Hartmut Büttner (Schönebeck), Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Wolfgang Dehnel, Albert Deß, Werner Dörflinger, Wolfgang Ehlers, Maria Eichhorn, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Ganz (St. Wendel), Dr. Wolfgang Götzer, Elisabeth Grochtmann, Claus-Peter Grotz, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Klaus-Jürgen Hedrich, Manfred Heise, Ernst Hinsken, Dr. Paul Hoffacker, Josef Hollerith, Claus Jäger, Georg Janovsky, Dr. Dionys Jobst, Dr. Egon Jüttner, Michael Jung (Limburg), Dr. Harald Kahl, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Volker Kauder, Peter Kittelmann, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Thomas Kossendey, Franz Heinrich Krey, Herbert Lattmann, Klaus-Heiner Lehne, Christian Lenzer, Sigrun Löwisch, Dr. Dietrich Mahlo, Erwin Marschewski, Wolfgang Meckelburg, Rudolf Meini, Maria Michalk, Engelbert Nelle, Johannes Nitsch, Dr. Rolf Olderog, Eduard Oswald, Dr. Gerhard Päselt, Hans-Wilhelm Pesch, Ronald Pofalla, Dr. Bernd Protzner, Rolf Rau, Klaus Riegert, Helmut Rode (Wietzen), Dr. Christian Ruck, Helmut Sauer (Salzgitter), Roland Sauer (Stuttgart), Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Karl-Heinz Spilker, Karl Stockhausen, Egon Susset, Ferdi Tillmann, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Wolfgang Vogt (Düren), Alois Graf von Waldburg-Zell, Herbert Werner (Ulm), Dr. Roswitha Wisniewski, Wolfgang Zöllner und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Burkhard Hirsch, Wolfgang Lüder, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Heinz-Dieter Hackel, Dr. Jürgen Schmieder, Gerhard Schübler, Dr. Olaf Feldmann, Roland Kohn und der Fraktion der F.D.P.

Lage der Städte, Gemeinden und Kreise

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein wesentlicher Bestandteil der verfassungsrechtlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die kommunale Selbstverwaltung besitzt Eigenständigkeit in der Gesamtverantwortung für alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft.

Der Bund trägt eine Mitverantwortung für die Funktionsfähigkeit und den Handlungsspielraum der kommunalen Selbstverwaltung. Die Bundesregierung hat sich auch in dieser Legislaturperiode zu

der besonderen Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung bekannt. So hat Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung zur 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages am 30. Januar 1991 ausgeführt:

„Die Menschen suchen Geborgenheit in einer vertrauten Lebensumwelt. Deshalb hat die kommunale Selbstverwaltung, die auf Eigenverantwortung und Bürgersinn beruht, wegen ihrer Geschichte und Tradition für unser Land eine so große Bedeutung. Was die kleinere Einheit in eigener Verantwortung wirksam entscheiden kann, soll der Staat nicht an sich ziehen.“

Die Politik des Bundes ist für die Städte, Gemeinden und Kreise hinsichtlich ihrer Finanzausstattung und einer Vielzahl von Aufgabenfeldern von großer Bedeutung. Deshalb soll die Bundesregierung darlegen, welche Ziele und Absichten sie in den kommunalbedeutsamen Bereichen der Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik sowie in der Raumordnungs-, Städtebau- und Wohnungspolitik, der Sozial- und Gesundheitspolitik, im Umweltschutz, der Verkehrspolitik sowie im Bereich der Kultur, Sport und Freizeit anstrebt. Außerdem soll die Bundesregierung darlegen, durch welche Maßnahmen, z.B. der weiteren Entbürokratisierung, die Funktionsfähigkeit und der Handlungsspielraum der kommunalen Selbstverwaltung erhalten und gestärkt werden kann.

Von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Verwirklichung der inneren Einheit in Deutschland ist der Aufbau einer funktionsfähigen und starken kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern. Nach der Wiedererlangung der deutschen Einheit hat der Bund sich für einen raschen Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in besonderer Weise engagiert. Denn die Entwicklung der Städte, Gemeinden und Kreise ist von grundlegender Bedeutung für die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung in den neuen Ländern:

„Wo Bürger ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung vor Ort regeln, dort können die Städte und Gemeinden aufblühen und den Menschen eine lebenswerte Heimat bieten. Nach über 40 Jahren Zentralismus eines totalitären Regimes ist jetzt der Aufbau einer leistungsfähigen kommunalen Selbstverwaltung vordringlich. Demokratie bleibt ein Stückwerk, solange sie nicht auf örtlicher Ebene im Alltag erfahrbar wird.“

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in einer Rede am 16. Mai 1991 vor dem Deutschen Städte- und Gemeindebund in Braunschweig.)

Vor dem Hintergrund des weltweit anhaltenden Verstädterungsprozesses, der vielfach ungeordnet verläuft, weil in vielen Ländern die entsprechenden infrastrukturellen Voraussetzungen fehlen, sind auch international verstärkte Initiativen für die Sicherung einer nachhaltigen und umweltverträglichen Stadt- und Siedlungsentwicklung und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung geboten.

Aus diesen Gründen ist eine Bestandsaufnahme der Lage der Städte, Gemeinden und Kreise dringend erforderlich.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

I. Entwicklung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Mitwirkungsmöglichkeiten der Städte, Gemeinden und Kreise und ihrer Spitzenverbände bei der Gesetzgebung?
2. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern unternommen?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dem Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern eine Schlüsselfunktion für die weitere Entwicklung zukommt?
4. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die Anliegen der Städte, Gemeinden und Kreise in die politische Willensbildung der Europäischen Gemeinschaften integriert werden und reichen die derzeit vorhandenen Möglichkeiten aus?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfahrung der Kommunen mit Ausländerbeiräten zur Integration ausländischer Mitbürger?
6. Welche Erwartungen hat die Bundesregierung an die Einführung des kommunalen Wahlrechts für EG-Bürger zur Vertiefung des europäischen Gedankens?
7. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über ein unterschiedliches Engagement bei Wahlbeteiligung und anderen Formen der kommunalen Mitwirkung von Bürgern mit ausschließlich deutschem Paß und Doppelstaatsangehörigen?
8. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen oder gedenkt sie zu unternehmen, um durch Entbürokratisierung die kommunale Selbstverwaltung zu stärken?

II. Finanzen

9. Wie hat sich die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Kreise seit 1982 entwickelt, und wie ist die voraussichtliche Entwicklung in den nächsten Jahren – insbesondere ab 1995?
10. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Fortführung der Gemeindefinanzreform?

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Vorschläge des Deutschen Städtetages von 1992 sowie andere Vorschläge aus dem Bereich der kommunalen Spitzenverbände?

11. Wie soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung die künftige Steuerausstattung der Gemeinden und Kreise aussehen, und welche Rolle soll in diesem Zusammenhang die Umsatzsteuer spielen?

Welche statistischen Erhebungen sind dafür gegebenenfalls erforderlich?

12. Welche kommunalen Aufgaben kommen nach Auffassung der Bundesregierung vorzugsweise für eine Privatisierung in Frage?
13. Wie kann erreicht werden, daß aufgrund der unterschiedlichen Ausstattungsgrade der Kommunen in West- und Ostdeutschland mit privatisierungsfähigen Institutionen Nachteile für ostdeutsche Kommunen im Vergleich zu westdeutschen Kommunen bei der Privatisierung vermieden werden?

III. Raumordnung, Bauen und Wohnen

14. Zu welchen Konsequenzen in der Raumordnungspolitik führt die Wiedererlangung der Deutschen Einheit und der Wegfall der Teilung Europas?
15. Welche Faktoren haben in den letzten Jahren zu der starken Erhöhung der Wohnungsnachfrage geführt, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich ergriffen, die zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Wohnungsmarkt führen?
16. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung vom Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz auf dem Wohnungsmarkt?
17. Welche besonderen Schwerpunkte setzt die Bundesregierung zur Verbesserung der Wohnungsversorgung in den neuen Ländern?
18. Welche Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung die Entwicklung zu einem europäischen Energiebinnenmarkt für die kommunale Versorgungswirtschaft?
19. In welchem Umfang beteiligt sich der Bund finanziell in den Bereichen Neubau, Modernisierung und Sanierung an dem Wiederaufbau von Städten und Gemeinden und Kreisen in den neuen Bundesländern?

Welche Absprachen und Programme gibt es dafür zwischen Bund und Bundesländern und wie erfolgt die Abstimmung über die Verteilung von Mitteln auf die einzelnen Regionen?

IV. Soziales/Gesundheit

20. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Sozialhilfe seit 1982?
21. Hält die Bundesregierung eine Veränderung des Sozialhilferechtes zur Heranziehung zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit für erforderlich?
22. Wie wirkt sich die Änderung des Asylrechts auf die Kommunen aus?
23. Welche Vorstellung hat die Bundesregierung, die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlings in den Kommunen zu erleichtern?
24. Welche Auswirkungen auf die Kommunen erwartet die Bundesregierung durch die Einführung der Pflegeversicherung?

25. Wie hat sich in den letzten Jahren die Versorgung mit Kindergartenplätzen entwickelt, und welche Hilfen leisten hierzu die einzelnen Länder?

Ist die umfassende Bereitstellung von Kindergartenplätzen entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ab 1996 tatsächlich gesichert?

26. Wie hat sich die Zahl der Obdachlosen entwickelt?

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit?

27. Welche Auswirkungen hat die Gesundheitsreform auf die kommunalen Krankenträger?

V. Umwelt und Energie

28. Wie hat sich die Belastung der Luft mit Umweltschadstoffen entwickelt?

29. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Optimierung der Energieversorgung auf kommunaler Ebene?

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Verbesserung der entsprechenden Rahmenbedingungen ergriffen?

30. Welche Konsequenzen erwartet die Bundesregierung vom europäischen Energiebinnenmarkt auf die kommunale Energieversorgung (TPA, unbundling, Konzessionsabgaben, Versorgungsgebiete), und wie wird sie darauf reagieren?

31. Welche Handlungsspielräume bieten sich für die Kommunen im Bereich der städtebaulichen Planung, vor allem der Bauleitplanung, zur Vermeidung und Verringerung energiebedingter Umweltbelastungen und zur Ressourcenschonung?

32. Wie bewertet die Bundesregierung die zahlreichen Initiativen und Konzepte von Städten und Gemeinden zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene?

33. Wie hat sich die Situation der Abfallentsorgung entwickelt, und wie schätzt die Bundesregierung die künftige Entwicklung, insbesondere der Entsorgungskosten, auf der Grundlage der gesetzlichen Auflagen ein?

34. Wie hat sich die Situation der Abwasserbeseitigung entwickelt, und wie schätzt die Bundesregierung die künftige Kostenentwicklung auf der Grundlage der gesetzlichen Auflagen ein?

35. Wie bewertet die Bundesregierung die Situation der Altlastenproblematik?

36. Wie haben sich die Kosten der Trinkwasserversorgung aufgrund der Veränderung des Wasserhaushaltsgesetzes, der Trinkwasserverordnung und ihrer Anlagen sowie des Rechts der Europäischen Gemeinschaften entwickelt, und wie schätzt die Bundesregierung die künftige Kostenentwicklung ein?

37. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der Trinkwasserversorgung in den neuen Ländern?

VI. Verkehr

38. Welche Initiativen hat die Bundesregierung zur Förderung einer nachhaltigen umweltverträglichen Stadt- und Siedlungsentwicklung und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung auf internationaler Ebene ergriffen?
39. Wo sieht die Bundesregierung Ansätze für eine zielorientierte Umsetzung der Ergebnisse der UNCED 1992, insbesondere der Agenda 21 (Kapitel 7), für den Bereich der Stadt- und Siedlungsentwicklung?
40. Wie bewertet die Bundesregierung die Rolle der internationalen Gremien und Organisationen, die sich mit Fragen der weltweiten Förderung sozial- und umweltverträglicher Siedlungsformen befassen?
41. Durch welche Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Verbesserung der kommunalen Verkehrsstruktur?
42. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der verstärkte Bau von Ortsumgehungen zur Entlastung von Innenstädten notwendig ist?
43. Gibt es zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern unterschiedliche Verkehrsentlastungen durch Ortsumgehungen?
44. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für besonders geeignet, den Bürger zum Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV zu veranlassen?
45. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für besonders geeignet, die Bürger, die den ÖPNV nutzen, zu veranlassen, nicht auf den Individualverkehr umzusteigen?

VII. Kultur, Sport und Freizeit

46. Was hat die Bundesregierung gemäß Artikel 35 Einigungsvertrag getan, um die Erfüllung der kulturellen Aufgaben einschließlich der Finanzierung zu sichern?
47. Welche Leistungen erbringt die Bundesregierung für Zwecke der Denkmalspflege und zur Erhaltung kultureller Baudenkmäler?
48. In welchem Verfahren erfolgt die Abstimmung über die zu erhaltenden Bauwerke oder Denkmäler, und wie viele Mittel entfallen auf die Erhaltung von Schlössern, Kirchen, Bürgerhäusern und sonstigen Baudenkmalern?
49. Welche Leistungen erbringt die Bundesregierung zur Erhaltung kultureller Einrichtungen wie Orchestern, Theatern, Schauspielhäusern usw.?

Welche Bund/Länder-Programme gibt es dafür, und wann laufen sie aus?
50. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung und welche Vorstellungen hat sie darüber, zur Denkmalpflege und Erhaltung kultureller Einrichtungen private Initiativen zu för-

dem oder Anreize zur privaten Spendenbereitschaft zu geben?

51. Gibt es dazu Vorstellungen, z. B. besondere Briefmarkenserien, Münzen herauszugeben oder entsprechende Stiftungen auch an öffentlich veranstalteten Lotterien zu beteiligen?
52. Wie schätzt die Bundesregierung den Freizeitwert als kommunalen Wirtschafts- und Standortfaktor ein?
53. Wie beurteilt die Bundesregierung den Innovationsbedarf der Infrastruktur für Kultur, Sport und Freizeit vor dem Hintergrund von Pluralisierung, Zeitflexibilisierung und knappen Mitteln?
54. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für die Förderung und Entwicklung neuer Planungskonzepte und Trägerschaften für Private-Public-Partnership und Privatisierung im Bereich von Freizeit, Sport und Kultur in den alten und in den neuen Bundesländern besonders geeignet?
55. Wie sieht die Bundesregierung den Einstellungswandel der Bevölkerung gegenüber dem Einsatz freier Zeit für soziales Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit?
56. Wie unterstützt die Bundesregierung die Vereine, damit diese die Erwartungen zur Übernahme von Dienstleistungen und öffentlichen Aufgaben in Kultur, Sport und Freizeit erfüllen können?

VIII. Besondere Schwerpunkte in den neuen Ländern

57. Wie hoch schätzt die Bundesregierung das kommunale Infrastrukturdefizit der Städte, Gemeinden und Kreise der neuen Bundesländer verglichen mit den westlichen Bundesländern?
58. Für welchen Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung, daß die Gemeinden in den ostdeutschen Bundesländern eine den Gemeinden in den westdeutschen Bundesländern vergleichbare Finanzausstattung tatsächlich haben?
59. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Wohnungsmarktes insbesondere im Hinblick auf die Altschuldenproblematik?
60. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Verkehrswege in den ostdeutschen Bundesländern (Straße und Schiene) dem technischen Sicherheitsstandard und den verkehrlichen Erfordernissen im gleichen Maße anzupassen wie bei den Gemeinden in den westdeutschen Bundesländern?
61. Wie hat sich die Finanzausstattung der Kommunen seit der Kommunalwahl im Mai 1990 entwickelt, und wie sind die Perspektiven für die nächsten Jahre?
62. Durch welche Maßnahmen hat die Bundesregierung den kommunalen Verwaltungsaufbau in den Kommunen der neuen Länder unterstützt?
63. Welche Wünsche auf Änderung von Bundesgesetzen, die Auswirkungen auf die Finanzen und Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern haben, sind seitens der Kommunen angemeldet?

Bonn, den 30. Juni 1993

Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Wolfgang Zeitlmann
Theo Magin
Dietrich Austermann
Dr. Joseph-Theodor Blank
Meinrad Belle
Peter Götz
Dr. Franz Möller
Dr. Hermann Pohler
Erika Reinhardt
Dr. Wolf Bauer
Heinz Schemken
Dr. Peter Paziorek
Heinrich Seesing
Editha Limbach
Erika Steinbach-Hermann
Dr. Walter Franz Altherr
Anneliese Augustin
Heinz-Günter Bargfrede
Hans-Dirk Bierling
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Monika Brudlewsky
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Werner Dörflinger
Wolfgang Ehlers
Maria Eichhorn
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Johannes Ganz (St. Wendel)
Dr. Wolfgang Götzer
Elisabeth Grochtmann
Claus-Peter Grotz
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Klaus-Jürgen Hedrich
Manfred Heise
Ernst Hinsken
Dr. Paul Hoffacker
Josef Hollerith
Claus Jäger
Georg Janovsky
Dr. Dionys Jobst
Dr. Egon Jüttner
Michael Jung (Limburg)
Dr. Harald Kahl
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Volker Kauder

Peter Kittelmann
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Thomas Kossendey
Franz Heinrich Krey
Herbert Lattmann
Klaus-Heiner Lehne
Christian Lenzer
Sigrun Löwisch
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Wolfgang Meckelburg
Rudolf Meinl
Maria Michalk
Engelbert Nelle
Johannes Nitsch
Dr. Rolf Olderog
Eduard Oswald
Dr. Gerhard Päselt
Hans-Wilhelm Pesch
Ronald Pofalla
Dr. Bernd Protzner
Rolf Rau
Klaus Riegert
Helmut Rode (Wietzen)
Dr. Christian Ruck
Helmut Sauer (Salzgitter)
Roland Sauer (Stuttgart)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Karl-Heinz Spilker
Karl Stockhausen
Egon Susset
Ferdi Tillmann
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Wolfgang Vogt (Düren)
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Herbert Werner (Ulm)
Dr. Roswitha Wisniewski
Wolfgang Zöllner
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Burkhard Hirsch
Wolfgang Lüder
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Heinz-Dieter Hackel
Dr. Jürgen Schmieder
Gerhard Schübler
Dr. Olaf Feldmann
Roland Kohn
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion